

DS-Nr. 617/16-21

**HH-Begleitantrag - Zuwegung Bahnsteig 2**

**Bezug: Antrag Nr. 26 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR vom 04.02.2019**

**Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses**

Entsprechend der Beschlussfassung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage unter Ergänzung von Punkt 3 zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag mit Ausnahme von Punkt 4 wie folgt zuzustimmen:

**A. Kenntnisnahme**

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Stadtunterführung von den Städtischen Betriebshöfen einmal im Jahr an einem Wochenende unter Vollsperrung einer Grundreinigung unterzogen wird. Im August 2019 wurde diese auch auf den Bereich des höhergelegenen Fußweges erweitert, wobei auch die Wände gesäubert wurden. Dies wird auch in den Folgejahren so bleiben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der im September 2019 stattgefundenen Begehung beider Unterführungen (UF) in direkter Bahnhofsnähe mit der Vertreterin der Kriminalprävention Polizeipräsidium Südhessen weitere Maßnahmen vorgeschlagen bzw. teilweise bereits angestoßen wurden (Verbesserung der Sichtbeziehungen zu den Abgängen, Erhöhung der Helligkeit durch Installation vom Lichtband, Aufhellen des Bodenbelages im Fußgängerbereich, Ausleuchtung Treppenaufgang zum Gleis 2).
3. Die Vorlage wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

**B. Beschluss**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die durch die Kriminalprävention vorgeschlagenen Maßnahmen im Hinblick auf die Umsetzbarkeit und die finanzielle Auswirkung zu prüfen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, vordringliche Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zeitnah umzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, für mittel- und langfristige Maßnahmen in den Folgejahren Haushaltsmittel einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Rüsselsheim, den 09.12.2019